

# Jahresbericht

# 2013

Von Menschen für Menschen

**Ein verlässliches Fundament für Gesellschaft und Sozialstaat**

*Wir arbeiten für eine humane und friedvolle Gesellschaft*

**Engagement für Deutschlands Zukunft**

*Wir stellen uns den gesellschaftlichen Herausforderungen*

**Effektive Hilfe direkt vor Ort**

*Wir wissen, welche Unterstützung die Menschen brauchen*

**Dem Gemeinwohl verpflichtet**

*Wir wollen helfen, nicht Profit machen*

**Für unsere Gesellschaft, unterstützt von den Bürgern**

*Wir sind eine tragende Säule der Zivilgesellschaft*

**Qualität zahlt sich aus**

*Wir arbeiten mit nachhaltigem Erfolg*

**Anwalt der Schwachen**

*Wir geben den Sprachlosen eine Stimme*

**Kompetenter Berater der Politik**

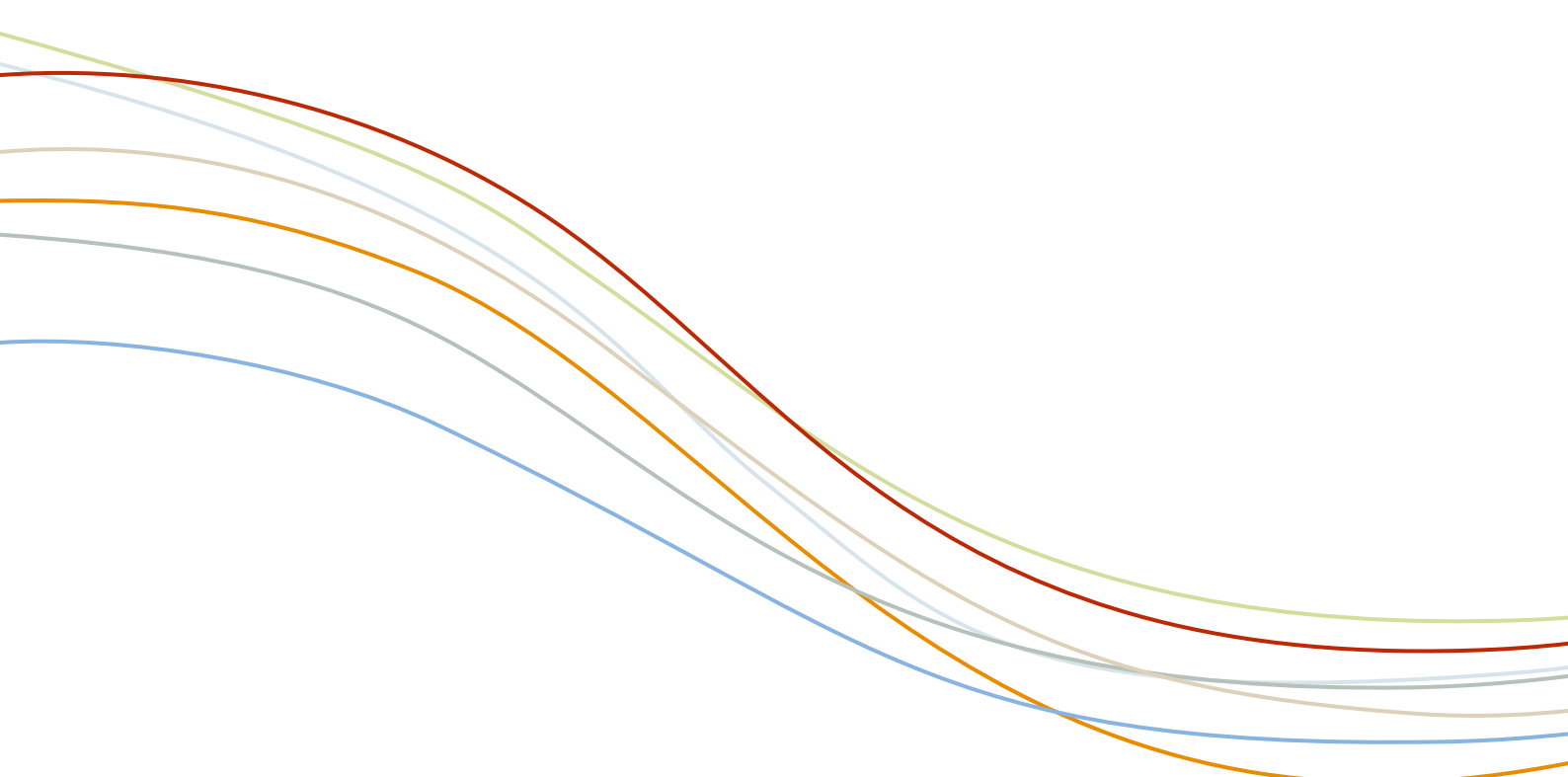
*Wir gestalten mit, vom Bund bis in die Kommune*

**Europas soziales Gewissen**

*Wir sind auch in Brüssel gefragt*

**Ansprechpartner für Ehrenamtliche**

*Wir bieten den Rahmen für Bürgerschaftliches Engagement*



# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	5
<b>Das Politische Jahr</b> .....	6
<b>Freie Wohlfahrtspflege</b> .....	10
<b>Politische Gespräche</b> .....	12
<b>Tradition und Innovation</b> .....	14
<b>2013</b> .....	16
<b>Gremienarbeit</b> .....	18
Sozialkommission I .....	18
Sozialkommission II .....	21
Finanzkommission .....	23
<b>Geschäftsstelle</b> .....	24
Finanzen .....	32
<b>Anschriften</b> .....	34

Die Federführung in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege wechselte 2013 von der Diakonie Deutschland zur AWO: Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO), ist damit neuer Präsident der BAGFW. Er löste zum 1. Januar 2013 turnusgemäß Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Präsident der Diakonie Deutschland, ab.

Die Mitgliederversammlung ist das zentrale Entscheidungs- und Beschlussorgan. Sie bestimmt Ziele, Strategien und Politik der BAGFW-Arbeit.

Mitglieder der BAGFW-Mitgliederversammlung 2013 waren:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
Wolfgang Stadler, Martina Arends, Brigitte Döcker

Deutscher Caritasverband e. V.  
Prälat Dr. Peter Neher, Prof. Dr. Georg Cremer, Mario Junglas

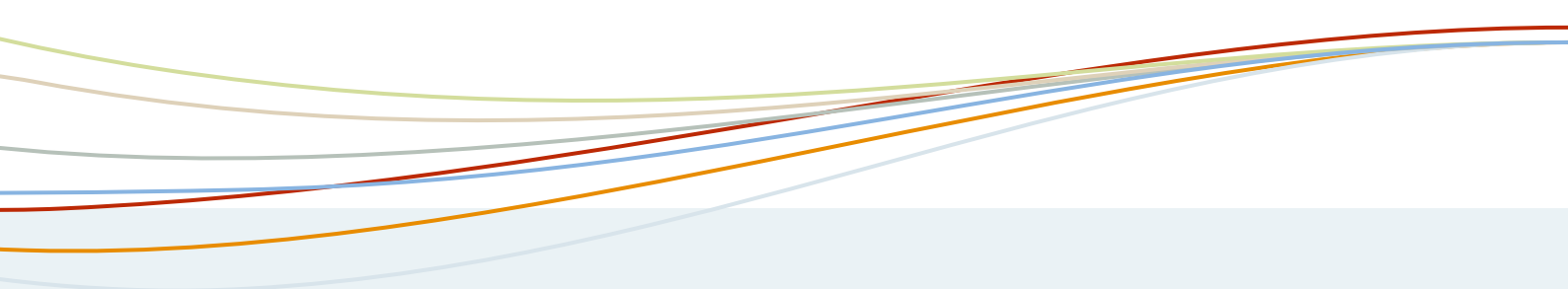
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.  
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock,  
Dr. Ulrich Schneider, Werner Hesse

Deutsches Rotes Kreuz e. V.  
Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg,  
Clemens Graf von Waldburg zu Zeil und Trauchburg,  
Tobias Nowoczyn

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband  
OKR Johannes Stockmeier, Maria Loheide, Uwe Schwarzer

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.  
Abraham Lehrer, Benjamin Bloch

Der Mitgliederversammlung arbeiten drei Kommissionen zu, unterhalb dieser konstituieren sich die Fachausschüsse. Eine Übersicht finden Sie auf Seite 11



# Einleitung

---

Im Rahmen der Präsidentschaft übernimmt die AWO die zweijährige Federführung in der Gremienarbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft und steuert die Zusammenarbeit in den gemeinsamen Themenfeldern der sechs Spitzenverbände.

*„Die Rolle der Freien Wohlfahrts-  
pflege muss gestärkt werden, denn  
sie leistet einen unverzichtbaren  
Bestandteil zur Bekämpfung des  
sozialen Ungleichgewichtes in  
Deutschland“, beschreibt Stadler  
die vordringlichsten Herausforde-  
rungen an Politik und Verbände.  
Ziel müsse es sein, echte Chancen-  
gerechtigkeit für alle Bürgerinnen  
und Bürger herzustellen. Soziale Ausgrenzung dürfe in der Gesellschaft  
keinen Platz haben. Während seiner Präsidentschaft möchte Stadler vor  
allem den Blick schärfen für die Bedürfnisse von Familien: „So lange Kin-  
der in Deutschland ein Armutrisiko sind, gibt es in der bundesdeutschen  
Arbeits- und Familienpolitik noch viel zu tun.“*



BAGFW-Präsident Wolfgang Stadler

---

Stellungnahmen 07. Januar 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf des BMAS vom 04.12.2012 zum **Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes** – 01. Februar 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur **Förderung der Prävention** – 19. Februar 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf des **Nationalen Reformprogramms 2013** – 26. Februar 2013: BAGFW-Schreiben

# Das Politische Jahr

Geprägt war das Jahr durch die zu Ende gehende Legislaturperiode und den Bundestagswahlkampf. Dies spiegelt sich auch in einer vergleichsweise niedrigen Zahl von Stellungnahmen der BAGFW im zurückliegenden Jahr wider. Die Bundespolitik hatte sich ab Juni mehr oder weniger abgemeldet und in Folge der langen Koalitionsverhandlungen kam es in 2013 auch nicht mehr zu einem wirklichen Neustart der Bundesregierung.

Zum Abschluss der Legislaturperiode wurde auch diesmal ein Bericht über die inhaltlichen Debatten und Erfolge des Sozialmonitorings erarbeitet. Dieser gemeinsame Prozess mit der Bundesregierung – unter Federführung des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMAS Hans-Joachim Fuchtel – versucht, nicht beabsichtigte negative Folgen von Regulierungen im Sozialbereich zu identifizieren und nach Möglichkeit zu beheben. Die Vielzahl der erfolgten Anpassungen im Gefolge dieser Diskussionen ist Ausweis eines beachtlichen Erfolges.

Die BAGFW hat trotz der auslaufenden Legislaturperiode ihre Kernthemen weiter bearbeitet und in zahlreichen Gesprächen mit Politikern aller Parteien und anderen gesellschaftlichen Akteuren vorangebracht. Besonders zu erwähnen ist das Gespräch mit der Bundeskanzlerin am 29. April 2013 und ferner die Gespräche mit den Bundesministern Altmaier, Bahr, Friedrich, von der Leyen und Schröder.

Speziell für die Bundestagswahl hat die BAGFW zu den wichtigen Themenfeldern eigene Positionspapiere erarbeitet und daraus später noch

einmal Kernforderungen destilliert und diese in die Politik eingespeist.

Ganz vorne auf der Themenliste standen dabei nach wie vor die Pflege und die Dringlichkeit einer weiteren Reform in diesem Bereich. Dabei gilt es nunmehr den mühsam erarbeiteten Pflegebedürftigkeitsbegriff in der Praxis umzusetzen und finanziell zu unterlegen. Die BAGFW setzt sich dabei für eine schnelle und umfassende Umsetzung ein. Weitergegangen ist auch die Diskussion um mehr Transparenz in der Pflege und die weitere Anpassung der Pflegekonzernvereinbarung.

Auch in 2013 lag die Geschäftsführung der Schiedsstelle „Qualitätssicherung in der Pflege“ bei der BAGFW. Zwei Schiedsstellenverfahren konnten zum Abschluss gebracht werden, die allerdings allenfalls Verbesserungen im Detail gebracht haben. Der angestrebte Systemwechsel zu einer ergebnisorientierten Qualitätssicherung wurde mit Nachdruck weiterbetrieben, konnte aber bisher keinen Durchbruch erzielen. Auch an dem von der Ombudsfrau für Bürokratieabbau in der Pflege, Frau Elisabeth Beikirch,

an die Mitglieder des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages zum Entwurf eines Gesetzes zur **Unterstützung der Amtshilferichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften** (Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz – AmtshilfeRLUmsG) – 13. März 2013: Stellungnahme der BAGFW zur **Beendigung des ESF-Bundesprogramms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeits-**



*Auf Einladung und organisiert durch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland bereiste die BAGFW Mitgliederversammlung vom 2. – 7. Juni Israel.*

gesteuerten Prozess einer Überarbeitung und Fokussierung der Dokumentationsanforderungen in der Pflege hat die BAGFW aktiv begleitet. Es zeichnet sich hier ein breiter Konsens aller Beteiligten hinsichtlich einer deutlichen „Bürokratiersparnis“ ab.

An einem Pilotprojekt des Bundeswirtschaftsministers zur Anwerbung von vietnamesischen Fachkräften für eine weitere Ausbildung und Tätigkeit im Pflegebereich in Deutschland hat sich die BAGFW aktiv beteiligt. Etwa 60 der 100 Teilnehmenden aus Vietnam sind inzwischen in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege untergebracht.

Von großer Bedeutung für die Gesundheitspolitik der Verbände sind die Überlegungen zu einer Neuausrichtung der Prävention, wobei das Verständnis der BAGFW von Prävention in der Regel deutlich über das der verantwortlichen Politiker hinausgeht. Der Ansatz der BAGFW reicht entschieden über den reinen Gesundheitsbezug hinaus in Richtung auf umfassendere Perspektive, die auch gesellschaftliche Faktoren mit einbezieht.

Im Bereich Arbeitsmarktpolitik hat sich die BAGFW erneut und verstärkt für die Einrichtung eines öffentlichgeförderten sozialen Arbeitsmarktes eingesetzt. Die Befürchtungen aus der letzten Instrumentenreform haben sich leider weitgehend bewahrheitet: Es bleibt eine Gruppe von Langzeitarbeitslosen im Hartz-IV-Bezug, denen nicht mit der erforderlichen Nachhaltigkeit Unterstützung zu teil wird, um wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Hier müssten längerfristig orientierte Förderprogramme im Rahmen einer öffentlich ge-

förderten Beschäftigung ansetzen. Die Erfolge solcher Programme sind bekannt.

In der Behindertenpolitik geht es weiterhin um die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, was sich in zunehmendem Maße in Richtung auf ein Bundesleistungsgesetz zuspitzte. Die Reform der Eingliederungshilfe und eine entsprechende Positionierung der BAGFW dazu, war von daher ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt.

An einem Runden Tisch des Bundesumweltministeriums „Stromsparinitiative“ hat sich die BAGFW mit Vorschlägen zur Sozialverträglichkeit der Energiewende eingebracht. Dies war auch das Hauptthema in einem Gespräch mit dem Umweltminister.

Weitere strategische Themen der BAGFW ohne unmittelbaren tagespolitischen Bezug waren die weitere Verfolgung eines stärker sozialraumorientierten Ansatzes der sozialen Arbeit, das Innovationsthema und Fragen der Wirkung sozialer Arbeit.

Bei der Frage einer stärkeren Sozialraumorientierung geht es darum, den besonderen Vorteil der Freien Wohlfahrtspflege, der in ihrer Verankerung in ungezählten Einrichtungen und Diensten vor Ort besteht, in eine stärkere Ausrichtung an einer gemeinsamen lokalen Dienstleistungserbringung einzubringen. Mehr als andere Akteure vor Ort hat die Freie Wohlfahrtspflege gemeinsam mit den Kommunen eine Verpflichtung, entsprechende Prozesse anzustoßen und zu forcieren. Auch im Rahmen eines Workshops konnte die Positionierung der BAGFW in diesem Bereich geschärft werden.

markt – 18. März 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung – 19. März 2013: Publikation *Arbeiten und an der Gesellschaft teilhaben – Wege aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit* – 22. März 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf des BMG zur *Verordnung zur Änderung der Pflegestatistik-Verordnung* – 04.





Im Bereich sozialer Innovationen stand die Frage nach den Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Innovationen innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege selbst im Vordergrund. Mehr dazu lesen sie auf Seite 15.

Auf Fragen einer stärkeren Wirkungsorientierung der sozialen Arbeit hat sich die BAGFW im zurückliegenden Jahr verstärkt eingestellt. Dies resultierte zum einen aus der begleitenden Zusammenarbeit mit dem „Social Reporting Standard – Konsortium“ aber auch aus der Fortführung früherer Überlegungen zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege. In den umfassenden Diskurs zu dieser Thematik wurde auch erneut das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) einbezogen, um ggf. mit einer weiteren Studie zunächst zur Methodik der Wirkungserfassung weitere Erkenntnisse beizusteuern.

Erfreulicherweise konnte auch ein langer Diskussionsprozess über ein Strategiepapier der BAGFW zum bürgerschaftlichen Engagement zu einem positiven Abschluss gebracht werden.

Die Kampagne „Profis für die Kita“, gefördert vom BMFSFJ, wurde von den Verbänden der BAGFW in Kooperation mit dem Runden Tisch der Berufsverbände weitergeführt. Es wurden Folder zu den Themen Quer- und Wiedereinstieg in den Erzieherinnenberuf entwickelt und verbreitet, um gezielt Menschen für den Beruf des Erziehers/der Erzieherin zu werben. Mit der Fachveranstaltung „Quergedacht – Profis für die Kita“ am 9. September 2013 hat die BAGFW die bisherigen Ergebnisse der Kampagne fachöffentlich diskutiert und weitere Schritte erarbeitet.

Im Diskussionsprozess um die „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ hat sich die BAGFW sowohl im Rahmen einer von den Ländern eingesetzten „Koordinierungsgruppe“ unmittelbar als auch mit einer Stellungnahme in den Prozess der Erarbeitung von Empfehlungen für die JFMK eingebracht und positioniert. Mit diesem Prozess werden sich in dieser Legislaturperiode die Verbände weiter intensiv befassen müssen.

Ein besonderer Höhepunkt des Jahres war die Reise der BAGFW-Mitgliederversammlung nach Israel, die auf Einladung und organisiert durch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, durchgeführt werden konnte. Dabei gab es sowohl einen intensiven Austausch mit Vertretern der israelischen Regierung als auch die Besichtigung verschiedener sozialer Projekte in Israel und in den besetzten Gebieten.

Im Juni veranstaltete die BAGFW gemeinsam mit der Nomos Verlagsgesellschaft und der Bank für Sozialwirtschaft den 8. Kongress der Sozialwirtschaft unter dem Motto „Beschäftigung innovativ gestalten“. Die zentralen Fragen des Umgangs mit Mitarbeitenden in Zeiten des Arbeitskräftemangels wurden in mehreren Plenumsveranstaltungen und 7 Foren eingehend erörtert. Inzwischen haben sich die Veranstalter des Kongresses auch zu einem eigenständigen Verein konstituiert.

Auch bei der ConSocial 2013 in Nürnberg war die BAGFW mit einem Stand für ihre Wohlfahrtsmarken und mit einem Grußwort durch Präsident Stadler vertreten. Bezüglich der Wohlfahrtsmarken gibt es noch einen Höhepunkt zu erwähnen: Die Hochwasserbriefmarken!

April 2013: Stellungnahme der BAGFW zur „Verordnung zur Änderung des Ausländerbeschäftigungsrechts“ (BeschVO-E) des BMAS und des BMI – 10. April 2013: Stellungnahme der BAGFW anlässlich der Anhörung zu einem sozialen Arbeitsmarkt – 23. April 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Projekt „Integration verbindlicher machen – Integrationsvereinbarungen erproben“ – 02. Mai 2013: Stellungnahme der BAGFW zur Strategie



*Im März hat die BAGFW gemeinsam mit dem Deutschen Verein einen Parlamentarischen Abend veranstaltet, bei dem als besonderer Gast der Präsident des Bundessozialgerichtes, Herr Peter Masuch, einen Vortrag gehalten hat. Der Abend war gut besucht und bot eine Vielzahl von Möglichkeiten für Gespräche und Kontakte in den politischen und gesellschaftlichen Raum.*



Das Bundesfinanzministerium hat sich nach dem verheerenden Hochwasser im Frühjahr 2013 zur Herausgabe einer Zuschlagsmarke für die Unterstützung der Betroffenen entschlossen. Die BAGFW war der Destinatär und hat sich an der Prozesssteuerung beteiligt.

Intern hat die BAGFW-Mitgliederversammlung eine ausführliche und umfassende Debatte über die Perspektiven der BAGFW und insbesondere der BAGFW-Geschäftsstelle geführt, die allerdings in 2013 noch nicht zu einem Abschluss gebracht werden konnte, sondern im nächsten Jahr fortgeführt werden soll. Beschlossen wurde ferner die Verschmelzung des Vereins zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege e.V. mit dem BAGFW e.V., was einerseits ein höheres Maß an Transparenz herstellt und andererseits den bürokratischen Aufwand innerhalb der BAGFW verringert.

Das EU-Büro der BAGFW – im Zusammenspiel mit den Vertretern der Spitzenverbände in Brüssel und dem EU-Ausschuss – konnte sich hier erfolgreich in die Gestaltung der nächsten Förderperiode im Rahmen des Europäischen Sozialfonds einbringen. Darüber hinaus ist es gelungen, in stärkerem Maße als in der Vergangenheit, die besonderen Bedingungen des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses als Grundlage der Daseinsvorsorge im sozialen Bereich in Deutschland zu verankern. Diese Anerkennung schlägt sich inzwischen auch im Rahmen der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) in einem offiziellen Dokument der EU nieder.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Partnern und Freunden der Freien Wohlfahrts-

pflege und insbesondere bei den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle der BAGFW und in den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege herzlich für die Unterstützung und das große Engagement bedanken!

Der Präsident der BAGFW  
Wolfgang Stadler

**gischen Sozialberichterstattung der Bundesregierung 2013 – 31. Mai 2013: Stellungnahme der BAGFW zur Anhörung am 05. Juni 2013 im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages – 12. Juni 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf der Charta des Runden Tisches „Die Stromsparinitiative“ – 12. Juni 2013: Konsenspapier der BAGFW und des Bundesverbandes Medizintechnologie e.V. zur**

# Freie Wohlfahrtspflege

---

## Wir sind für Menschen da – unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und Weltanschauung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) ist die gemeinsame Stimme der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland Evangelischer Bundesverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wurzeln in unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden sechs Spitzenverbände verleihen dem Anliegen Gehör, das sie eint: der Sorge für alle Menschen, die Hilfe benötigen.

Der federführende Verband ist mit einer Vielzahl von Aufgaben und Zuständigkeiten eng mit der Geschäftsstelle der BAGFW verbunden. Er nimmt hier Steuerungsfunktionen wahr. Insbesondere hat der Federführer auch Zugriff auf die Führungspositionen in den Fachausschüssen, in denen die inhaltlichen Positionen der BAGFW erarbeitet werden. Diese Regelung erlaubt eine einheitliche und stringente Führung der BAGFW durch den federführenden Verband.



Versorgung mit aufsaugenden Inkontinenzartikeln in der stationären Altenpflege – 26. Juni 2013: Verordnung zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union – 12. Juli 2013: Stellungnahme der BAGFW und AG SBV zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates



**Präsidium:**  
 Neuer Präsident wurde der Vorsitzende des Vorstandes der AWO, Herr Wolfgang Stadler (rechts). Oberkirchenrat Johannes Stockmeier (mitte), wurde neben Professor Dr. Rolf Rosenbrock (links), zum Vizepräsidenten gewählt.

## Gremien der BAGFW in 2013

Mehr zur Arbeit der Fachausschüsse unter [www.bagfw.de](http://www.bagfw.de).

<p><b>Ausschuss „GlücksSpirale bei der BAGFW“</b>          Vorsitz: Herr Lehrer, ZWST          Koordinierung und Verwaltung der Förderanträge und -mittel</p>	<p><b>Mitgliederversammlung</b>          Vorsitz: Herr Stadler, AWO          Stellv.: Herr OKR Stockmeier, Diakonie Deutschland          Stellv.: Herr Prof. Dr. Rosenbrock, Der PARITÄTISCHE</p>	<p><b>Ausschuss „Europa“</b>          Vorsitz: Herr Bartels, AWO          Die Geschäftsstelle der BAGFW koordiniert die Vorhaben und die Beteiligung der Kommissionen</p>
<p><b>Finanzkommission</b>          Vorsitz: Herr Lehrer, ZWST          Stellv.: Herr Millies, DCV</p>	<p><b>Sozialkommission I</b>          Vorsitz: Frau Döcker, AWO          Stellv.: Frau Nagelschmidt, DRK</p>	<p><b>Sozialkommission II</b>          Vorsitz: Frau Loheide, Diakonie Deutschland          Stellv.: Herr Dr. Rock, Der PARITÄTISCHE</p>
<p><b>Fachausschuss „Gemeinnützigkeit und Steuern“</b>          Vorsitz: Frau Dr. Wohleber, Diakonie Deutschland</p>	<p><b>Fachausschuss „Altenhilfe“</b>          Vorsitz: Herr Bölicke, AWO</p>	<p><b>Fachausschuss „Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung“</b>          Vorsitz: Frau Helbig, AWO</p>
<p><b>Fachausschuss „Wohlfahrtsmarken“</b>          Vorsitz: Herr Millies, DCV</p>	<p><b>Fachausschuss „Behindertenpolitik“</b>          Vorsitz: Frau Schuh, AWO</p>	<p><b>Fachausschuss „Kinder, Jugend, Familie und Frauen“</b>          Vorsitz: Herr Theißen, AWO</p>
<p><b>Fachausschuss „Statistik“</b>          Vorsitz: Herr Millies, DCV</p>	<p><b>Fachausschuss „Gesundheitswesen“</b>          Vorsitz: Frau Dr. Ludwig, AWO</p>	<p><b>Fachausschuss „Migration und Integration“</b>          Vorsitz: Herr Barth, AWO</p>
<p><b>Fachausschuss „Vergaberecht“</b>          Vorsitz: Herr Hesse, Der PARITÄTISCHE</p>	<p><b>Ausschuss „Qualitätsmanagement“</b>          Vorsitz: Herr Wittenius, AWO</p>	<p><b>Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“</b>          Vorsitz: Frau Rindt, AWO</p>
<p><b>Arbeitsstab „Sozialmonitoring“</b>          Vorsitz: Frau Droste-Franke, AWO</p>		

Die Mitgliedschaft in den Gremien der BAGFW wird nicht vergütet und es werden keine Aufwandsentschädigungen bezahlt.

# Politische Gespräche

Politische Kommunikation ist die Kernaufgabe der BAGFW, die sie auf verschiedenen Ebenen und in verschiedener Form wahrnimmt. Voraussetzung ist in jedem Fall die Klärung und Abstimmung einer gemeinsamen Position. Die politischen Gesprächspartner in Berlin reichen von der Bundeskanzlerin über die Minister bis weit in die Ministerialbürokratie hinein. Im Deutschen Bundestag sprechen wir mit den Abgeordneten und ihren gewählten Funktionsträgern, aber na-

türlich auch mit den Parteien. Die Gespräche werden auf den verschiedenen Ebenen der BAGFW z.T. unter Beteiligung aller Verbände, oft in kleineren Gruppen, gelegentlich aber auch als „Vier-Augen-Gespräche“ geführt. Die Geschäftsstelle stellt die Vorbereitung, die Dokumentation und Verbreitung der Ergebnisse sicher, damit mit den Gesprächsergebnissen weiter gearbeitet werden kann.



Foto: Bundesregierung

*Beim Gespräch der Präsidenten und Vorsitzenden der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, am 29.04.2013 im Bundeskanzleramt wurden die Themenfelder Instrumentenreform, Personal- und Fachkräftemangel und EU-Strukturfonds behandelt.*

## Ausgewählte Politische Gespräche (Monatschronologie)

**16.01.2013: Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.** Dabei wurde über Integrationsvereinbarungen als Instrument einer Willkommens-Kultur, über das Asylbewerberleistungsgesetz, dessen Abschaffung die Verbände schon seit langem fordern und über die Mobilität von EU-Bürgern aus Süd- und Osteuropa gesprochen.

**20.02.2013: Bundesumweltminister Peter Altmaier.** Gegenstand des Gespräches waren die sozialen Folgen der Energiewende, insbesondere von Strompreiserhöhungen und Fragen der Nachhaltigkeit. Ferner ging es um die Beteiligung der BAGFW an der Stromsparinitiative des BMU.

über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen – 16. Oktober 2013: Kernforderungen der BAGFW an die Politik – 08. November 2013: Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf der Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes über die Prüfung der in Pflegeeinrichtungen erbrachten Leistungen und deren Qualität nach § 114 SGB XI





**14.03.2013: SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Carola Reimann.** Dabei ging es um die Erwartungen an die 18. Legislaturperiode aus Sicht der BAGFW. Dazu gehörten insbesondere der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, Fragen der Pflegetransparenz und der Selbstverwaltung in der Pflege.

---

**10.04.2013: Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Ursula von der Leyen.** In dem Gespräch wurde das Thema Soziale Innovationen und Freie Wohlfahrtspflege ebenso angesprochen, wie die Reform der Eingliederungshilfe, der Fachkräftemangel und die Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten sowie die weitere Entwicklung der europäischen Strukturfonds.

---

**16.05.2013: Parlamentarischer Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel, BMAS.** Es wurden sog. „Kellergespräche“ zum „Girokonto für Jedermann“ geführt. Die BAGFW hält gesetzliche Maßnahmen in diesem Zusammenhang für unumgänglich und forderte die Bundesregierung auf, eine Initiative zur Schaffung eines Anspruchs auf ein Girokonto für Jedermann zu ergreifen. Nur so erhalten die Betroffenen einen ggf. gerichtlich durchsetzbaren Anspruch, der ihnen die Teilhabe am bargeldlosen Zahlungsverkehr ermöglicht.

---

**11.06.2013: Dieter Hackler, als Abteilungsleiter im BMFSFJ.** Herr Hackler ist im BMFSFJ für alte Menschen und die Freie Wohlfahrtspflege zuständig. So finden über das ganze Jahr kontinuierlich Gespräche statt. An dieser Stelle ging es um die geplante gemeinsame Kampagne im Rahmen der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive.

---

**16.08.2013: Dr. Gibis und Kollegen von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung** über gemeinsame Modellvorhaben nach § 63 SGB V. Solche Vorhaben sollen der Weiterentwicklung der Verfahrens-, Organisations-, Finanzierungs- und Vergütungsformen der Leistungserbringung dienen. Im Kern geht es dabei um die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Medizinern und Pflegekräften zum Wohl der Patienten.

---

**05.09.2013: Gernot Kiefer, Vorstand des GKV-Spitzenverbandes** zur Umstellung der Pflegetransparenzvereinbarung auf Indikatoren der Ergebnisqualität. Als Partner in der gemeinsamen Selbstverwaltung lassen sich Fortschritte in der Pflege nur gemeinsam mit den Pflegekassen erreichen.

---

**15.10.2013: Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe.** In dem Gespräch ging es um den Umgang mit Leiharbeitskräften in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege und damit verbundene Fragen eines wertgebundenen Unternehmertums. Hauptthemen waren Fragen der Inklusion und die Reform der Eingliederungshilfe.

---

**11.11.2013: Dr. Martin Schölkopf, Unterabteilungsleiter für Pflege im BMG.** Gegenstände des Gespräches waren der Beirat zum neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, die Messung von Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe, der Bürokratieabbau in der Pflege, die Probleme mit der Zeitvergütung und schließlich die Reform der Selbstverwaltungsstrukturen im Pflegebereich.

---

(Qualitätsprüfungs-Richtlinien – QPR) vom 11.10.2013 – 10. Dezember 2013: **Eckpunkte zu einem Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen** – 13. Dezember 2013: Anmerkungen und Hinweise der BAGFW zur **Fortschreibung des Nationalen Reformprogramms und des Nationalen Sozialberichts 2014** – 13. Dezember 2013: Stellungnahme der BAGFW zur **Vereinbarung nach § 119b Abs. 2 SGB V (Anlage**

# Tradition und Innovation in der Freien Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege wirkt auf eine solidarische, gerechte, inklusive Gesellschaft hin. Sie ist in diesem Sinne sozialpolitischer Anwalt und unterstützt Menschen in schwierigen Lebenslagen durch vielfältige Angebote. Sie kommt dieser Aufgabe in komplexen verbandlichen und unternehmerischen Strukturen nach.

Seit ihrer Entstehung haben die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege für ungezählte „Innovateure“ die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, um neue Ideen zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems zu entwickeln und umzusetzen. Das derzeitige Dienstleistungsspektrum ist damit das Ergebnis vielfältigster Innovationen, die aus der praktischen Arbeit heraus entwickelt wurden und über Jahrzehnte in sie eingeflossen sind. Die Freie Wohlfahrtspflege blickt daher auf eine lange Tradition sozialer Innovationen zurück.

## Innovationen in der Freien Wohlfahrtspflege

Die entscheidende Frage zur Beurteilung der Qualität einer sozialen Innovation ist die Frage nach ihrer Wirkung im Hinblick auf die bessere Bewältigung einer sozialen Herausforderung im Interesse der Betroffenen.

Die Spitzenverbände legen großen Wert auf eine breite Partizipation aller Beteiligten bei der Weiterentwicklung ihrer Angebote. Sie nutzen gezielt das Engagement der vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden und deren Nähe zu den hilfesuchenden Menschen, die als

Nutzer und Nutzerinnen ihre Einrichtungen und Dienste in Anspruch nehmen. Gerade die Betroffenen selbst, die auf die sozialen Dienstleistungen zurückgreifen, geben z.B. im Rahmen von Klientenbefragungen oder Beiräten wertvolle Impulse für Innovationen.

Qualifizierung, finanzielle Förderung, Fachberatung sowie die Ermöglichung von Austausch und Diskussion, sind Innovationsaktivitäten, die systematisch und nachhaltig in die Arbeitsprozesse eingebunden sind.

Die dezentralen Strukturen der Spitzenverbände sind für eine gewinnbringende Vernetzung lokaler und regionaler Projekte hilfreich. Gleichzeitig können gute Ideen mithilfe der spezifischen Strukturen bundesweit übertragen werden.

## Instrumente zur Förderung von Innovation

Das gemeinsame Ziel der Freien Wohlfahrtspflege ist es, die Breite und die Vielfalt sozialer Innovationen in ihren Reihen insgesamt weiter zu fördern und dies stärker als bisher zu systematisieren.

Damit Organisationen innovationsfreundlich sind, müssen sie Freiräume schaffen, konflikt- und netzwerkfähig sein und eine gewisse Bereitschaft zum Risiko haben. Dies muss auf allen Ebenen gepflegt werden.

Die Spitzenverbände arbeiten untereinander und mit anderen Organisationen an diesem Thema eng zusammen. Mögliche Kooperationspartner sind neben den politischen Akteuren, weitere Sozialverbände, Verbraucher- und Selbsthilfeorganisationen aber auch Fachver-

27) zwischen der KBV und dem GKV-Spitzenverband – 17. Dezember 2013: BAGFW-Strategiepapier **Bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege** Pressemeldungen 8. Januar 2013: **Neuer BAGFW-Präsident Wolfgang Stadler** – 5. Februar 2013: Übergabe der **Wohlfahrtsmarkenserie „Blühende Bäume“** an den Bundespräsidenten – 20. Februar 2013: **Geriatrische Rehabilitation** der Freien Wohlfahrtspflege

bände und Unternehmen der Sozialwirtschaft oder auch geeignete (Sozial-)Unternehmen. Die Freie Wohlfahrtspflege kann durch ihr Know-how und ihre umfassende Infrastruktur nicht nur eigene, sondern auch die Ideen externer Sozialunternehmen unterstützen und zu ihrer Verbreitung beitragen.

## Notwendige Rahmenbedingungen für Innovationen

Für die nachhaltige Förderung sozialer Innovationen müssen über die verbandsinternen Veränderungen hinaus auch die entsprechenden externen Rahmenbedingungen verbessert werden. Reformbedarf sieht die Freie Wohlfahrtspflege im Zuwendungs-, Beihilfen- und Steuerrecht, die in ihrer derzeitigen Form teilweise innovationshemmend wirken.

Die Freie Wohlfahrtspflege setzt sich für einen Wettbewerb ein, der maßgeblich über die Qualität der angebotenen Leistungen und nicht nur über den Preis ausgetragen wird, da ein

reiner Preiswettbewerb innovationsschädigend ist. Innovationsförderlich ist demgegenüber ein offen gestaltetes sozialrechtliches Dreiecksverhältnis zwischen Leistungsträgern, Leistungserbringern und Nutzer/innen, das den Nutzer/innen Wunsch- und Wahlrechte sichert, eine flexible Leistungserbringung seitens der Träger ermöglicht und damit Spielräume für Innovation schafft.

*Die BAGFW veröffentlichte ein Positionspapier mit Forderungen für einen kontinuierlichen Innovationsprozess. Nur so kann den sich ständig verändernden Lebensbedingungen von Menschen und den daraus resultierenden Herausforderungen Rechnung getragen werden. Die Spitzenverbände wollen sich aktiv in einen bundesweiten Diskurs zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für soziale Innovationen einbringen.*



*Das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen an der Universität Heidelberg (CSI) hat dazu eine Studie im Auftrag der BAGFW erstellt, die ein sehr differenziertes und umfassendes Bild von der Innovationskraft der Freien Wohlfahrtspflege zeichnet. An den öffentlichen Debatten die auch von Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorangetrieben wurden, hat sich die BAGFW intensiv beteiligt.*



**Beide Veröffentlichungen sind unter Publikationen auf [www.bagfw.de](http://www.bagfw.de) einsehbar.**

ge überzeugt auch Patientenbeauftragten – 20. Februar 2013: BAGFW Statement zur Initiative „Qualitätsleitbild für Deutschland“ Vision einer Lebensqualität für alle umsetzen – 19. März 2013: Broschüre „Arbeiten und an der Gesellschaft teilhaben – Wege aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit“ – 21. März 2013: Verbesserungspotentiale beim Antragsverfahren der Kranken- und Pflegekassen: Erste Schritte zum Wohle der Pfl-

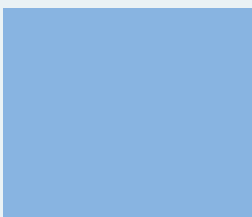


# 2013



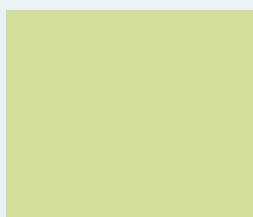
Politische Gespräche wurden unter anderem mit folgenden Personen und Gruppen geführt:

**Prof. Dr. Maria Böhmer**, MdB, Staatsministerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Elisabeth Beikirch**, Ombudsfrau zur Entbürokratisierung in der Pflege **Peter Altmaier**, MdB, Bundesumweltminister, **Wolfgang Zöller**, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patienten, **Carola Reimann**, MdB, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, **Dr. Rainer Hess**, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses a.D., **Dr. Kristina Schröder**, MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Dr. Ursula von der Leyen**, MdB, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, **Bernd Meurer**, Vorsitzender des bpa, **Dr. Hans Peter Friedrich**, MdB, Bundesinnenminister, **Dr. Angela Merkel**, MdB, Bundeskanzlerin, **Daniel Bahr**, MdB, Bundesgesundheitsminister, **Hans-Joachim Fuchtel**, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im BMAS **Dieter Hackler**, Abteilungsleiter, BMFSFJ, **Jürgen Goecke**, Geschäftsführer der Bundesagentur für Arbeit, **Gernot Kiefer**, Vorstand GKV-Spitzenverband, **Heinrich Alt**, Vorstand Bundesagentur für Arbeit, **Hubert Hüppe**, Bundesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen, **Reinhard Busch**, Referatsleiter, BMI, **Christina Ramb**, Abteilungsleiterin, BDA, **Dr. Martin Schölkopf**, Unterabteilungsleiter, BMG, Gespräche mit den **Landes-Ligen der Freien Wohl-**



**fahrtspflege. BAGFW-Veranstaltungen** **13. Januar** Begleitkreis Transparenzgutachten zur „volkswirtschaftlichen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege“, Berlin, **15. Januar** Informationsgespräch mit den BAGFW-FA-Vorsitzenden, Berlin, **7. Februar** Workshop Bürger-schaftliches Engagement, Berlin, **5. März** Beiratssitzung des Projektes „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“, Berlin, **13. März** Begleitkreis CSI-Studie zu Sozialen Innovationen, Berlin, **14. Mai** Parlamentarisches Frühstück, Berlin, **28. Mai** Präventionstagung, Berlin, **2. bis 9. Juni** Israel-Reise der BAGFW Mitgliederversammlung, **10. Juni** Sozialmonitoring, Berlin, **12. bis 14. Juni** Kongress der Sozialwirtschaft, Magdeburg, **17. Juni** Fachtagung „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“, Berlin, **26. Juni** Workshop „Sozialraum als Ort der Teilhabe“, Berlin, **16. Juli** Einrichtungsbesuch mit Daniel Bahr, Bundesgesundheitsminister in Münster, **9. August** Workshop „Bürgerschaftliches Engagement“, Berlin, **27. August** Workshop „Soziale Innovationen“, Berlin, **10. Oktober** Fachtagung „Betreuungsrecht“, Kassel, **4. Dezember** Deutscher Sozialpreis, Berlin, **12. Dezember** Gespräch mit den Landes-Ligen der Freien Wohlfahrtspflege **Veranstaltungen mit aktiver BAGFW-Beteiligung** **9. bis 10. Januar** Berliner Demografie Forum, Berlin, **10. bis 11. Januar** Bündnis für Gemein-

nützigkeit, Klausurtagung, Genshagen, **16. Januar** Steuerungskreis Deutscher Engagementpreis, Berlin, **21. Januar** Workshop „Ökologische Gerechtigkeit vs. Sozialpolitik?“, Berlin, **24. Januar** Workshop „Qualitätsentwicklung in der Behindertenhilfe“, Berlin, **5. Februar** Übergabe der Wohlfahrtsmarken 2014, Berlin, **20. Februar** Runder Tisch gegen Kindesmissbrauch, Berlin, **26. Februar** Bündnis für Gemeinnützigkeit, Berlin, **27. Februar** Multistakeholderkonferenz des BMFSFJ zu Sozialen Innovationen, Berlin, **5. bis 7. März** Kuratoriumssitzung der ConSozial, München, **13. März** Runder Tisch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Gesundheitswesen, Berlin, **14. März** Workshop des BMWi, volkswirtschaftliche Bedeutung der Sozialwirtschaft“, Berlin, **18. März** CDU/CSU-Fraktion, Probleme und Herausforderungen im SGB II – Bilanz und Ausblick, Berlin, **18. bis 19. März** Kommunalkongress der Bertelsmann Stiftung, Gemeinsam die Zukunft meistern! Zivilgesellschaft in Kommunen, Berlin, **19. März** Parlamentarischer Abend mit dem Deutschen Verein, Berlin, **19. März** Bündnis für Gemeinnützigkeit,



Berlin, **15. bis 16. April** Liga Niedersachsen – Erfahrungsaustausch, Hannover, **17. April** BMWi-Modellprojekt „Anwerbung von Pflegekräften aus Vietnam, Berlin, **24. April** Kongress des Deutschen Städtetages, Frankfurt, **28. Mai** Integrationsgipfel der Bundesregierung, Berlin, **5. bis 7. Juni** Hauptstadtkongress, Berlin, **11. Juli** Übergabe Hochwassermarken, Berlin, **4. Juli** Runder Tisch Hospiz- und Palliativversorgung, Berlin, **6. August** Steuerungskreis zum Deutschen Engagementpreis, Berlin, **10. September** Beirat, Zeitschrift „Sozialwirtschaft“, Frankfurt, **13. September** BMWi-Modellprojekt „Anwerbung von Pflegekräften aus Vietnam“, Berlin, **18. September** Beirat, Entbürokratisierung in der Pflege, BMG, Berlin, **31. Oktober** Bündnis für Gemeinnützigkeit, Berlin, **6. bis 7. November** ConSocial, Nürnberg, **8. November** Netzwerk Gemeinwohl, Berlin, **21. November** Vorstand des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen, Berlin, **5. Dezember** Verleihung Deutscher Engagementpreis, Berlin

**Veranstaltungen „rückenwind“** **12. März** „rückenwind“-Workshop zum Thema Mentoring-Programme, **9. April** Vier „rückenwind“-Projekte stellen sich bei der Messe Altenpflege 2013 in Nürnberg vor, **29. Mai** „rückenwind“-Workshop zum Thema Selbstevaluation für Projektleitungen, **31. Mai** Veröffentlichung des „rückenwind“-Dossiers mit dem Titel „Berufsbegleitende Qualifizierung“, **6. Juni** „rückenwind“ stellt sich auf dem Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit vor, **13. bis 14. Juni** „rückenwind“ präsentiert sich auf dem 8. Kongress der Sozialwirtschaft in Magdeburg, **3. Juli** „rückenwind“-Workshop zum Thema Website und social media, **18. Juli** „rückenwind“-Workshop zum Thema Blended Learning, **7. August** rückenwind“ veröffentlicht das Dossier „Frauen in Führungspositionen“, **7. Oktober** Veröffentlichung des sechsten „rückenwind“-Dossiers mit dem Titel „Vielfalt nutzen“, **15. Oktober** Gemeinsame Fachveranstaltung „Personalbindung in der Sozialwirtschaft“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der ESF-Regiestelle.

**Veranstaltungen QM** **24. Januar** Workshop Qualitätsentwicklung Behindertenhilfe, Berlin, **20. Februar** Treffen mit der BGW zum Thema MAAS-BGW, Hamburg, **25. Februar** AG Career Day (HSK), Berlin, **18. März** Gesamtkonferenz zur ZQP-Perspektivenwerkstatt, Berlin, **19. März** Arbeitskreis Behindertenhilfe und Psychiatrie: Präsentation Projektstand, Berlin, **16. Mai** 1. Überwachungsaudit der BAGFW Geschäftsstelle, Berlin, **17. Juni** Fachtagung „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“, Berlin, **7. Juli** Vortrag „Ergebnisqualität – Konzept der Zukunft auf dem Weg?“, Berlin, **28. Oktober** Vorstellung WmmT- Zwischenergebnisse, DRK AK Behindertenhilfe/Psychiatrie, Berlin

# Gremienarbeit

## Sozialkommission I

Vorsitz: Brigitte Döcker, AWO

Die Sozialkommission I bearbeitet Themen aus den Themenbereichen Altenhilfe und Pflege, Behindertenhilfe, Gesundheitswesen und Themen der Betreuungsvereine. Der Ausschuss „Qualitätsmanagement“ arbeitet fachübergreifend als Querschnittsausschuss in Zuordnung der Sozialkommission I.

Das Jahr 2013 stand politisch im Zeichen der Bundestagswahl und der darauf folgenden Regierungsbildung sowie Aushandlung des Koalitionsvertrages. Die BAGFW erarbeitete in allen Fachbereichen ihre Erwartungen an die Bundespolitik in der 18. Legislaturperiode und daraus abgeleitet politische Kernforderungen. Sie formulierte für einige zentrale Felder der Gesellschaftspolitik, in denen sie über langjährige Erfahrungen und Expertise verfügt, ihre Erwartungen an die Bundespolitik. Die von der BAGFW erarbeiteten Kernforderungen wurden von den Fachausschüssen mit den Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung abgeglichen und analysiert. Die Sozialkommission I begleitete diesen Prozess für die ihr zugeordneten Arbeitsfelder und wird auch ihre Arbeitsplanung daran ausrichten.

Die Sozialkommission befasste sich traditionell umfänglich mit dem Arbeitsfeld Pflege und Qualitätssicherung. Die Pflege-Transparenzvereinbarung, der sogenannte „Pflege-TÜV“, die im Juni 2013 durch Schiedsspruch der Schieds-

stelle Qualitätssicherung in der Pflege an einigen Stellen neu gefasst worden ist, ist nicht nur weiter zu entwickeln, sondern es bedarf eines Neuanfangs in der Qualitätsberichterstattung in der Pflege. Dafür hat die BAGFW bereits 2006 eine erste Projektidee für mehr Transparenz über die Leistungen und Qualität von Pflegeeinrichtungen entwickelt. Die Ergebnisse des Projekts liegen seit 2011 vor, eine Umsetzung scheiterte jedoch bisher am Widerstand der Pflegekassen. Deshalb haben erste Träger der Freien Wohlfahrtspflege mit der freiwilligen Umsetzung begonnen, weitere werden folgen. Die BAGFW-Verbände haben sich zum Ziel gesetzt, die Umsetzung der Ergebnisse aus dem sogenannten Wingefeld-Projekt voranzutreiben. So wurden in 2013 konkrete Projektideen entwickelt, um die Umsetzung auch bundesweit zu etablieren.

Parallel dazu wurden die Überlegungen der BAGFW zum Status der Selbstverwaltung im SGB XI analog der bereits bestehenden Regeln im SGB V intensiviert, um in Zukunft zu verbindlicheren Konfliktlösungsmechanismen zu gelangen.

Wie bereits im letzten Jahr bildeten die Personalsituation und der Fachkräftemangel in den Sozial- und Gesundheitsberufen einen weiteren Arbeitsschwerpunkt. Die Sozialkommission begleitete ein Modellvorhaben des BMWi „Ausbildung von Arbeitskräften aus Vietnam zu Altenpflegefachkräften“. Im Rahmen dieses Pilotprojektes werden 100 vietnamesische Bewerberinnen in Deutschland zu Pflegefachkräften ausgebildet. Dieses Pilotprojekt ist eines von mehreren Projekten, die zum Ziel haben, ausländische (Pflege-) Kräfte für den deutschen

gebedürftigen und ihrer Angehörigen – 21. März 2013: **8. Kongress der Sozialwirtschaft 2013** – 3. April 2013: **Parlamentarischer Abend 2013** – 8. Mai 2013: **Boys' Day** mit steigendem Angebot – 29. Mai 2013: **„Netzwerk Gemeinwohl“** fordert Politik zum sektorübergreifenden Dialog auf – 5. Juni 2013: **startsocial – Herausragende Sozialprojekte ausgezeichnet** – 11. Juni 2013: **„Konstruktives und wichtiges Instrument“** Parlamentarischer

**Erfolgreiches Projekt zur Messung und Darstellung von Ergebnisqualität beeindruckte Bundesgesundheitsminister. Spürbare Verbesserungen in der Pflege erkennbar**

Am 23.07.2013 überzeugte sich Bundesgesundheitsminister Bahr bei einem Termin vor Ort vom Erfolg eines Projekts des Diözesancharitasverbandes Münster, ein Träger der Freien Wohlfahrtspflege, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Pflegewissenschaft (IPW) der Universität Bielefeld zur Qualitätsmessung und –berichterstattung in der Pflege. Besonders im Fokus stehen im Projekt die Auswirkungen im Alltag von Pflegeheimen. Basis des Projekts sind die Ergebnisse des Bundesmodellprojekts "Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe", das gemeinsam vom IPW und vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln durchgeführt und vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) sowie dem Bundesseniorenministerium (BMFSFJ) finanziert wurde. Der Anstoß zu diesem Projekt kam ursprüng-



lich von der BAGFW, daher setzt diese sich auch für eine künftige bundesweite Umsetzung ein und hat dazu auch ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Im Rahmen des Projekts Ergebnisqualität Münster (EQMS) des Diözesancharitasverbandes Münster mit dem IPW wird das im Bundesmodellprojekt erarbeitete Verfahren nun bereits umgesetzt.

Arbeitsmarkt zu gewinnen. BAGFW-intern richtete die Sozialkommission I gemeinsam mit der Sozialkommission II eine Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag hat, eine Position zur Fachkräftesicherung in den sozialen Berufen zu erarbeiten.

Im gleichen Kontext standen die Beratungen zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive des BMFSFJ, die die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit erarbeitet und unterzeichnet haben. Die Initiative will einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten und verfolgt das

Ziel, Ausbildungszahlen und Beschäftigungsbedingungen in der Altenpflege zu verbessern. Die gemeinsame Kampagne der beteiligten Organisationen und Verbände im Bereich der Pflege ist wichtiger Bestandteil der Pflegeoffensive.

Die Themen Prävention und Gesundheitsförderung, Medizinische Rehabilitation, Zusammenarbeit und Austausch der BAGFW mit der KBV und der KZBV, das Betreuungsrecht, die Sozialraumorientierung standen ebenso auf der Agenda der Sozialkommission I wie die strategische Ausrich-

Staatssekretär im BMAS und Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege ziehen **positive Bilanz des Sozialmonitorings** – 25. Juni 2013: **Sonderbriefmarke „Hochwasserhilfe 2013“** – 25. Juni 2013: Positionierung im Europäischen Parlament – **Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen** – 23. Juli 2013: **Erfolgreiches Projekt zur Messung und Darstellung von Ergebnisqualität beeindruckte Bundesgesundheitsminister.** –

Details und weitere inhaltliche Ausführungen zu den hier skizzierten Arbeitsschwerpunkten finden Sie auch in den Berichten der Fachausschüsse im digitalen Jahresbericht

tung und Weiterentwicklung des Projektes „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“, über das im Detail an anderer Stelle dieses Berichtes informiert wird.

Die Wirksamkeit der Dienstleistungen und Hilfen aus der Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer soll auch in 2014 im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

*Das vom Fachausschuss „Behindertenpolitik“ vorgeschlagene Format für intensivere politische Kontakte wurde erstmals in 2013 erprobt. So fanden z. B. im Rahmen eines politischen Frühstücks ressortübergreifende Gespräche mit Politikerinnen und Politikern zu wichtigen behindertenpolitischen Fragen statt. Das Ziel, die UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen umzusetzen, steht im Mittelpunkt.*

*Nach langen zum Teil kontroversen Diskussionen konnte auch das vom Fachausschuss „Behindertenpolitik“ erarbeitete Eckpunktepapier zu einem Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verabschiedet werden. Es wird als BAGFW-Position breit in die politische Debatte eingebracht.*

Veröffentlichung unter [www.bagfw.de/publikationen](http://www.bagfw.de/publikationen)







## Sozialkommission II

Vorsitz: Maria Loheide, Diakonie Deutschland

Die Sozialkommission II bearbeitet in ihrer Zuständigkeit Themen aus den Feldern Kinder, Jugend, Familie und Frauen, Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung, Migration und Integration sowie Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste.

Naturgemäß stand das Jahr 2013 politisch im Zeichen der Bundestagswahl, der Regierungsbildung und der Auswertung des Koalitionsvertrages. Die BAGFW erarbeitete ihre Erwartungen an die Bundespolitik in der kommenden Legislaturperiode und stellte politische Kernforderungen auf. Die von der BAGFW in den jeweiligen Themenkomplexen erarbeiteten Kernforderungen wurden von den Fachausschüssen mit den Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung abgeglichen und hinsichtlich der daraus sich ergebenden Handlungsoptionen analysiert. Ebenso wie die Sozialkommission I in ihren Themenbereichen begleitete die Sozialkommission II für die ihr zugeordneten Arbeitsfelder diesen Prozess. Einer intensiveren Analyse wurde der Koalitionsvertrag in einer Klausurtagung der Sozialkommission II unterzogen, die in 2013 inhaltlich vorbereitet wurde und zu Beginn des Jahres 2014 stattfand.

Wie im vergangenen Jahr bildete das Thema „Soziale Innovationen“ mit allen Facetten erneut einen Themenschwerpunkt. Die Freie Wohlfahrtspflege begrüßt die verschiedenen

Aktivitäten der Bundesregierung sowie der europäischen Institutionen, weil sie darin auch eine Anerkennung ihrer Rolle für die Lösung sozialer Herausforderungen und Problemlagen sieht. Deshalb stand auch die enge Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ hierzu im Fokus. Es wurden Gespräche mit den zuständigen Mitarbeitenden des Ministeriums zu den weiteren Plänen des BMFSFJ und der möglichen Zusammenarbeit in diesem Feld geführt. Das BMFSFJ führte eine Multistakeholderkonferenz zur Förderung von Innovation, Sozialunternehmen und sozialen Unternehmen durch. Auf europäischer Ebene ist ein Workshop der BAGFW zu sozialem Unternehmertum in der Planung; die Sozialkommission II begleitete diesen Prozess.

Die Sozialkommission II begleitete zudem die Erstellung eines Gutachtens des CSI Heidelberg zu sozialen Innovationen in der Freien Wohlfahrtspflege. Die Ergebnisse der Studie zeichnen ein differenziertes und hochkomplexes Bild der Innovationspraxis, die stark von finanziellen und regulatorischen Rahmenbedingungen abhängt.

Im Dezember fand auch ein längerer Beratungsprozess zum bürgerschaftlichen Engagement als Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege seinen vorläufigen Abschluss. Die besondere Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für Selbstverständnis und Aufgabewahrnehmung der Freien Wohlfahrtspflege, die Rahmenbedingungen, veränderte Strukturen und Angebote aber auch das Entwicklungspotential und daraus sich ergebende Zukunftsstrategien wurden im Papier der BAGFW behandelt. Die Mitglieder der Sozialkommission II sowie des Fachausschusses „Bürgerschaftliches

zum Kompetenzzentrum“ – 18. September 2013: **Schiedsspruch zur PTVS veröffentlicht** – fachlich unfundierte Änderungsanträge fanden keine Mehrheit – 15. Oktober 2013: **Austausch des Präsidenten der BAGFW, Herr Wolfgang Stadler mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe** – 16. Oktober 2013: **Kernforderungen der BAGFW an die Politik** – 29. November 2013: **ConSozial**

Einzelheiten zu den erörterten Themen der Fachausschüsse sind den Dokumentationen im digitalen Jahresbericht zu entnehmen.

Engagement und Freiwilligendienste“ legten dieses Papier nach intensiven Beratungen der Mitgliederversammlung zur Verabschiedung vor.

Die Sozialkommission II befasste sich zudem mit der fachlichen Vorbereitung von politischen Gesprächen und Veranstaltungen. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Vorbereitung und Begleitung der Abschlussveranstaltung zum Sozialmonitoring mit der Bundesregierung. In einem mit der Bundesregierung abgestimmten Abschlussbericht wurden die Ergebnisse des Sozialmonitoring-Prozesses der letzten Legislaturperiode dokumentiert und bewertet. Traditionell nahmen auch die Gespräche mit Vertretungen der Bundesagentur für Arbeit breiten Raum in den Beratungen der Sozialkommission ein. Der Austausch mit dem Vorstand der Bundesagentur, Herrn Heinrich Alt, findet regelmäßig zwei Mal im Jahr statt. Daneben wurden Gesprächskontakte mit der Fachebene intensiviert.

Auch für die weiteren politischen Gespräche waren Leitfäden und Statements vorzubereiten, so beispielsweise für das Gespräch mit der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, und der Integrationsbeauftragten, Frau Staatsministerin Prof. Böhmer.

Im Jahr 2013 wurden zudem wichtige Weichen gestellt zur Installierung eines Partnerschaftsprogrammes auf Bundesebene in der neuen ESF-Förderperiode. Wenngleich die Bemühungen im Wesentlichen erfolgreich waren, erforderte dies zahlreiche Initiativen und Gespräche u. a. mit dem BMAS und auf europäischer Ebene.

Die Sozialkommission II hatte aufgrund der Vielzahl ihrer Themenfelder ein breites Spektrum auf der Agenda. So verabschiedete sie ein Konzept für eine Handreichung der BAGFW gegen Rechtsextremismus, gab eine Broschüre des Fachausschusses „Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung“ zum sozialen Arbeitsmarkt für die politische Arbeit frei, stimmte gemeinsam mit der Sozialkommission I einem Konzept für ein Papier zum Inklusiven Arbeitsmarkt zu, beriet zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, zum ergänzenden Hilfesystem bei sexueller Gewalterfahrung, positionierte sich in der Diskussion zur Steuerung und Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung, befasste sich mit dem Nationalen Sozialbericht und sprach sich für eine fachübergreifende Arbeitsgruppe aus, die den Auftrag hat, eine Position zur Fachkräftesicherung in den sozialen Berufen zu erarbeiten. Gemeinsam mit der Sozialkommission I begleitete sie die weiteren Arbeiten der Arbeitsgruppe zum Themenschwerpunkt „Der Sozialraum als Ort der Teilhabe“.



*Grundlegende Idee des Sozialen Arbeitsmarkts ist es, Einfacharbeitsplätze für arbeitsmarktferne Personen bei unterschiedlichen Arbeitgebern zu erschließen. Arbeitgeber erhalten einen Lohnkostenzuschuss als längerfristigen finanziellen Ausgleich für die eingeschränkte Leistungsfähigkeit dieser Personen. Die Beschäftigungen werden mit individueller Begleitung unterstützt.*

Das Papier steht unter [www.bagfw.de/publikationen](http://www.bagfw.de/publikationen) zur Verfügung.

2013 – Soziales Unternehmen: Zwischen Grundsatz und Umsatz – 17. Dezember 2013: Eckpunkte zu einem Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – 17. Dezember 2013: Strategiepapier Bürgerschaftliches Engagement – Meldungen QM 3. Januar 2013: Pflegekongress 2013 – 20. Februar 2013: BAGFW Statement zur Initiative „Qualitätsleitbild für Deutschland“ Vision einer Lebensqualität für alle





## Finanzkommission

Vorsitz: Abraham Lehrer, ZWST

Die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege standen wie gewohnt im Zentrum der Tätigkeit der Finanzkommission. Die Fachausschüsse „Gemeinnützigkeit und Steuern“, „Wohlfahrtsmarken“, „Statistik“ und „Vergaberecht“, arbeiteten unter dem Dach der Finanzkommission an einem breiten Themenspektrum. Aus den Fachausschüssen ist zugleich mindestens eine Person, in der Regel der/die Vorsitzende, auch Mitglied in der Finanzkommission, so dass die Verzahnung zwischen den Gremien sichergestellt werden kann. Allen Beteiligten gebührt die Anerkennung unseres Vereins.

### Inhaltliche Schwerpunkte

Die Arbeit war stark geprägt von Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der Finanzierung der pädagogischen Begleitung im Bundesfreiwilligendienst, der wirkungsorientierten Berichterstattung, der gemeinnützigen Sammlung von Altkleidern sowie den Auswirkungen des Beschlusses u. a. des Kammergerichtes Berlin vom 18.01.2011 zu der unternehmerischen Betätigung von Kindertagesstätten in Form eines e. V. auftraten.

Die Absicherung tragfähiger Finanzierungskonzepte und einer stabilen, in die Zukunft gerichteten finanziellen Ausstattung stellten

einen gewichtigen Teil der Arbeit der Finanzkommission dar.

Eine erste Einordnung und Bewertung des Koalitionsvertrages gehörte ebenfalls zu den besprochenen Themen.

Traditionell stand im Fokus der Finanzkommission auch 2013 die Finanzierung vielfältiger Projekte der Freien Wohlfahrtspflege durch Bundes- und Lotteriemittel. Hintergrund ist die Sicherstellung der Förderung einer Vielzahl sozialer Projekte durch Erträge aus den Soziallotterien, wie **beispielsweise der GlücksSpirale**, die im Zuge einer umfassenden Kommerzialisierung des Lotteriewesens in Deutschland stark gefährdet ist.

Die zukünftige Organisation des alle zwei Jahre durchgeführten Kongresses der Sozialwirtschaft wird im Rahmen eines eigenständigen Vereins **„Kongress der Sozialwirtschaft e. V.“** vorgenommen.

Die Finanzkommission begleitete zudem auftragsgemäß die Budgeterstellung für das Jahr 2014, die laufende Bewirtschaftung des Budgets 2013 sowie die Bestrebungen zur qualitativen Verbesserung der grundlegenden organisatorischen Strukturen von Verein und Geschäftsstelle. Wie in jedem Jahr erörterte die Finanzkommission auch die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung des Jahresabschlusses 2012, der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde.

umsetzen – 1. März 2013: **MuG teilstationäre Pflege** (Veröffentlichung der mit Schiedsspruch vom 10.12.12 festgesetzten Maßstäbe und Grundsätze) – 2. Mai 2013: **„Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“** Ankündigung der Fachtagung – 18. Juli 2013: **Dokumentation der BAGFW Fachtagung „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“** ist ab sofort online – 23. Juli 2013: Erfolgreiches Projekt zur **Messung**

# Geschäftsstelle

---

Zu den Kernaufgaben der BAGFW-Geschäftsstelle gehören unter anderem die Beratung der Mitgliederversammlung und der ihr zuarbeitenden Gremien, die Koordination und Unterstützung der Facharbeit, die Organisation von politischen Gesprächen auf Bundesebene, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die Verwaltung der Fonds, Stiftungen, Lotteriemittel und des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken sowie die Darstellung und Kommunikation der Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit.

Es werden Parlamentarische Abende und Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages organisiert, Fachtagungen, Stellungnahmen und Publikationen präsentiert.

Die BAGFW unterhält neben der Geschäftsstelle in Berlin ein EU-Büro in Brüssel und die Abteilung Wohlfahrtsmarken mit Standort Köln. Im Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“ ist ein Mitarbeiter tätig. Für die Organisation des Kongresses der Sozialwirt-

schaft sind zwei Mitarbeiter beschäftigt.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der sechs Spitzenverbände ist seit 2009 eine Regiestelle zur Umsetzung des Partnerschaftsprogrammes „rückenwind“ bei der BAGFW angesiedelt. Hier waren 2013 drei Mitarbeitende beschäftigt.

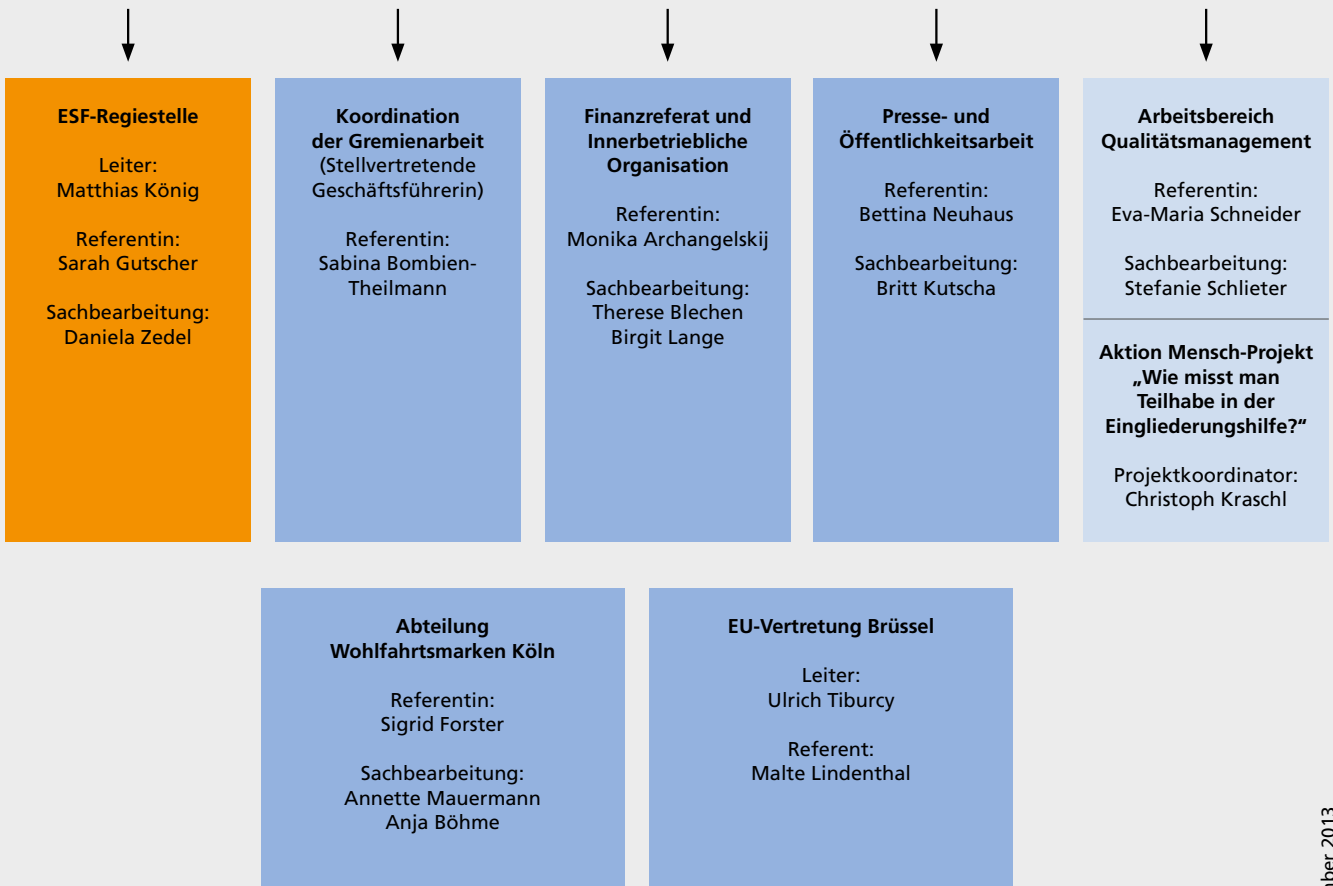
In der Geschäftsstelle der BAGFW waren 2013 insgesamt teilweise bis zu 21 Mitarbeitende beschäftigt.



**und Darstellung von Ergebnisqualität** beeindruckte Bundesgesundheitsminister. Spürbare Verbesserungen in der Pflege erkennbar – 18. September 2013: **Schiedsspruch zur PTVS** veröffentlicht – fachlich unfundierte Änderungsanträge fanden keine Mehrheit – 2. Dezember 2013: **Qualitätssicherung Pflege II** (Neue PTVS tritt am 1.1.14 in Kraft)

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.**  
Präsident: **Wolfgang Stadler**  
Vizepräsidenten: **Oberkirchenrat Johannes Stockmeier, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock**

**Geschäftsstelle**  
Geschäftsführer: **Dr. Gerhard Timm**  
Sekretariat: **Regina Klug, Julian Klein**



## Qualitätsleitbild für Deutschland – Statement der BAGFW

*Im Januar 2013 veröffentlichte die BAGFW im Rahmen der 2012 gestarteten Initiative „Qualitätsleitbild für Deutschland“ der Deutschen Gesellschaft für Qualität (DGQ) ihr Statement. Die Wohlfahrtsverbände verstehen sich darin als Gemeinwohlagenturen deren Entwicklungsfähigkeit dem Tempo gesellschaftlicher Wandlungsprozesse immer voraus sein muss.*

## Qualitätsmanagement

### Die Freie Wohlfahrtspflege als innovativer Gestalter und Mitgestalter von Qualitätsentwicklung in den Feldern der Sozialen Arbeit

Schwerpunkt des Arbeitsbereiches Qualitätsmanagement ist die Fokussierung auf die strategische Bedeutung relevanter Qualitätsthemen sowie die Vernetzung mit den jeweiligen Fachebenen in Qualitätsfragen. Die Arbeit an aktuellen gemeinsamen Qualitätsentwicklungsfragen wird durch den Arbeitsbereich Qualitätsmanagement gefördert und unterstützt.

### MAAS-BGW – Weiterentwicklung des BGW-Ansatzes für einen Arbeitsschutz integrierenden QM-Ansatz

Im einem Treffen mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) zur Weiterentwicklung des BGW-Ansatzes für einen integrierenden Arbeitsschutz im Qualitätsmanagement wurden flexiblere Formen der Umsetzung thematisiert, die auch kleinen Trägern den Einstieg in einen Arbeitsschutz, der im Qualitätsmanagement integriert ist, ermöglichen soll. Perspektivisch will die Freie Wohlfahrtspflege stärker in die Weiterentwicklung des Arbeitsschutz-Modells eingebunden werden.

### QM-Modelle der BAGFW-Verbände im Bereich der Kindertageseinrichtungen

Im Zusammenhang mit der Qualitätsdebatte in der Kinderbetreuung und dem 10-Punkte-Programm der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder „Kindertagesbetreuung 2013“ hat der Ausschuss Qualitätsmanagement einen Ver-

gleich der Qualitätskriterien, die den jeweiligen QM-Modellen für Kitas der Wohlfahrtsverbände zu Grunde liegen, vorgenommen. Ziel ist die Feststellung der gemeinsamen Qualitätsgrundlagen der Verbände in diesem Arbeitsfeld. Die Arbeiten werden 2014 fortgeführt.

### Wirkungsorientierte Kennzahlen

Für das qualitätspolitische Grundlagenpapier „Qualitätsziele der Wohlfahrtsverbände zur Erreichung ihrer spezifischen Dienstleistungsqualität“ wurden beispielhaft wirkungsorientierte Kennzahlen erarbeitet, die zu den unterschiedlichen Qualitätsanforderungen Anregungen zur Evaluation der Wirksamkeit des eigenen Handelns geben sollen. Im Rahmen einer für 2014 geplanten Überarbeitung sollen diese Kennzahlen eingearbeitet werden.

### Mitarbeit beim Projekt „Ergebnisindikatoren gestützte Qualitätsentwicklung und -sicherung“

Wie auch in den vergangenen Jahren bezog sich ein weiterer Schwerpunkt des Arbeitsbereiches Qualitätsmanagement auf den Themenbereich Pflegequalität und damit auf die Unterstützung und Vernetzung zum Arbeitsfeld Altenhilfe.

Insbesondere wurde der Fachausschuss Altenhilfe im Rahmen der Vorbereitung und Vorstellung des BAGFW/DPR-Konzeptes zur Ergebnisqualität im Rahmen politischer Gespräche unterstützt.



### „Teilhabekiste“

Nach umfangreichen Informationsveranstaltungen für die beteiligten Einrichtungen erfolgte eine erste Erhebungswelle zur Generierung von Teilhabeindikatoren aus Nutzerperspektive. Die „Teilhabekiste“ mit derzeit ca. 600 Teilhabe-Indikatoren ermöglicht, dass Nutzer/innen ihre Teilhabe-Ziele selbstbestimmt(er) definieren können. Mit einem eigens entwickelten Auswertungsverfahren kann dann der Umsetzungsgrad der Teilhabe-Ziele bei den Nutzerinnen und Nutzern gemessen werden.

### Qualitätsentwicklung und wirkungsorientierte Steuerung in der Behindertenhilfe und Psychiatrie: Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?

Das im Juni 2011 gestartete und von der Aktion Mensch geförderte Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“ hat sich zum Ziel gesetzt, ein in der Praxis anwendbares Instrument zu entwickeln, das eine wirkungsorientierte Bestimmung und Messung individuell definierter Teilhabe aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer in der Eingliederungshilfe ermöglicht. Mit den Erkenntnissen des Projektes möchte die BAGFW einen konstruktiven Beitrag zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung leisten und (mehr) Inklusion in Deutschland ermöglichen.

Das Projekt wird unter Mitwirkung von 80 Nutzerinnen und Nutzern aus 21 Einrichtungen in 11 deutschen Bundesländern umgesetzt. Als Experten aus Erfahrung sind sie maßgeblich an der Entwicklung und Erprobung der Indikatoren und des Instrumentes beteiligt. Die wissenschaftliche Implementierung des Projektes erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Institut Personenzentrierte Hilfen GmbH/Hochschule Fulda.

Am 17.06.2013 wurden bei der Fachtagung „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe? – Bestimmung von Indikatoren und Entwicklung eines Instrumentes zur Messung von Teilhabe aus Nutzerperspektive“ die Zwischenergebnisse einer breiten Fachöffentlich-

keit vorgestellt. Anhand einer Zwischenversion des entwickelten Instrumentes wurden Wege aufgezeigt, wie sich Teilhabe aus Nutzersicht bestimmen und messen lässt. Auch wurden erste Ergebnisse aus der Messung präsentiert, die aufzeigen, wie Menschen mit Beeinträchtigungen an der Gesellschaft teilhaben möchten und in welchem Umfang sich ihre Vorstellungen von Teilhabe im Rahmen der Eingliederungshilfe umsetzen ließen.

Perspektivisch soll mit dem entwickelten Instrument die Sichtweise der Betroffenen und das Prinzip der Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Mit dem Projekt ist das Potential verbunden, als Freie Wohlfahrtspflege ein innovatives Verfahren zur Förderung von Inklusion und Teilhabe in Deutschland zu etablieren.



Weitere Informationen zum Projekt unter:  
[www.bagfw-qualitaet.de/teilhabe-projekt](http://www.bagfw-qualitaet.de/teilhabe-projekt)



*Das Netzwerk Gemeinwohl präsentierte ein gemeinsames sektorenübergreifendes Papier zur Daseinsvorsorge im Europäischen Parlament. Ziel war eine intensive gesellschaftliche Diskussion um Teilhabe und soziale Gerechtigkeit im Kontext der Europäischen Union. Für die BAGFW skizzierte Prof. Dr. Cremer die Besonderheiten des Sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses und des Subsidiaritätsprinzips.*

## Europa

### Weichen für die Zukunft – richtig gestellt?

Die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament konnten sich in der zweiten Jahreshälfte von 2013 auf den zukünftigen EU-Haushalt für die Jahre 2014 – 2020 einigen, der die Grundlage für die weitere Arbeit der EU, die Finanzierung von Programmen und Projekten bildet. Es konnten sich diejenigen durchsetzen, die eine Kürzung und zielgerichtetere Nutzung der Finanzmittel auf EU-Ebene befürworteten.

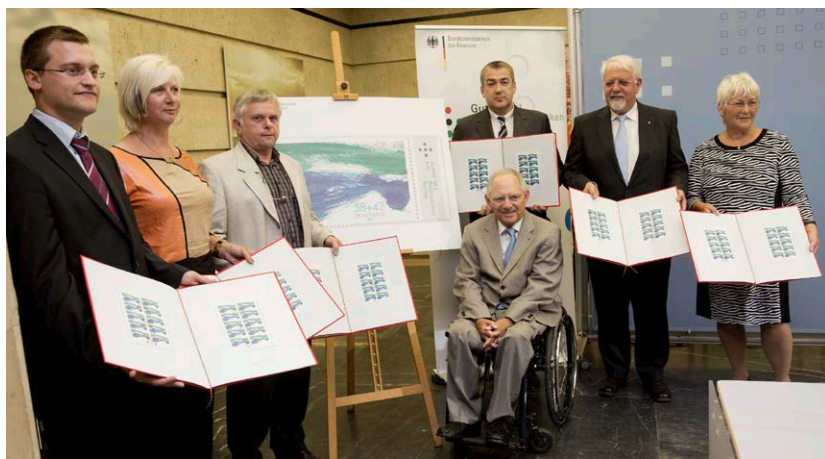
Viele soziale Organisationen betrachten diese Einigung kritisch und mit Sorgen. Angesichts des Fortbestands der Wirtschafts- und Finanzkrise, den erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Aufnahme Kroatiens als 28. Mitglied der EU wird darin eine Einschränkung der europäischen Handlungsfähigkeit gesehen. Europa soll Lösungen bieten, ohne dass die entsprechenden Finanzinstrumente ausreichend zur Verfügung stehen.

Die Verordnungstexte zu den EU-Strukturfonds wurden vom Europäischen Parlament im November sowie vom Rat im Dezember 2013 angenommen. Inhaltlich wurden die BAGFW-Anliegen aufgenommen. Erstmals wurde sich auf einen Mindestanteil für den Europäischen Sozialfonds geeinigt sowie auf eine Bindung von mindestens 20 % der ESF-Mittel zur Reduzierung von Armut. Außerdem wird nun der Partnerschaftsansatz innerhalb der EU-Strukturfonds ausführlich beschrieben und auch auf die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung von Opera-

tionellen Programmen verwiesen. Dieser Erfolg schafft eine klarere europäische Rechtsgrundlage für zukünftige Partnerschaftsprogramme ab 2014.

Während die „inhaltlichen“ Weichen bei den Strukturfonds richtig gestellt wurden, sind leider kaum nachhaltige Verbesserungen zu erwarten, da der EU-Haushalt inklusive der Kohäsionspolitik deutlich gekürzt wurden. Wachstumsimpulse und zusätzliche Mittel zur Bekämpfung der Armut in Europa werden in den kommenden sieben Jahren angesichts einer steigenden Armutsrate kaum möglich sein. Es bleibt zu hoffen, dass zumindest eine höhere Mittelabflussquote in den von der Krise am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten durch Unterstützungsmaßnahmen erreicht wird. So könnte es gelingen, in einigen Mitgliedsländern mehr europäische Finanzmittel für benachteiligte Personen zur Verfügung zu stellen.





### Übergabe Hochwasserhilfe 2013

Bei dem Festakt in Berlin dankte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ausgewählten „Fluthelfern“ der Wohlfahrtsverbände und überreichte ihnen stellvertretend für alle Mitstreiter im gemeinsamen Kampf gegen das Hochwasser Alben mit den Erstdrucken der Marken. Bei dieser Gelegenheit erhielt BAGFW-Vizepräsident Johannes Stockmeier von Jürgen Gerdes, Vorstandsmittglied der Deutschen Post, einen Scheck über eine Million Euro für Hilfsmaßnahmen im Katastrophengebiet.

## Wohlfahrtsmarken

### „Blühende Bäume“ auf Wohlfahrtsmarken – Ein Sinnbild unserer Arbeit

In der Poesie und in der Kunst wird das Leben des Menschen immer wieder mit einem Baum verglichen. Der Baum spiegelt nicht nur die Jahreszeiten wider, sondern auch das menschliche Leben: das Wachsen, Blühen, Reifen, Früchte-tragen und schließlich das Welken und Vergehen. Jeder einzelne Baum bleibt ein Individuum und ist doch gleichzeitig Teil eines großen Ganzen, einer Gemeinschaft. In dieser Gemein-schaft können Bäume wachsen und gedeihen, sich gegenseitig stützen und beschützen. So passen die Motive der Wohlfahrtsmarken-Serie 2013 ganz hervorragend zur Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege. Es müssen nicht immer die großen, spektakulären und medienwirksa-men Aktionen sein. Oft sind es kleine Gesten, mit denen in Not geratene Menschen schnell und unbürokratisch unterstützt werden. Von unschätzbarem Wert ist dabei der Einsatz der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Ver-bände in den zahlreichen Projekten, die aus den Erlösen der Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken finanziert werden konnten. Diese Aktivitäten im Rahmen von Veranstaltungen, Messeauftritten und Öffentlichkeitsarbeit bekannt zu machen und somit für das Porto mit Herz zu werben, ist eines der Anliegen unserer Arbeit.

Neben den „Klassikern“ wie der Präsentation der Wohlfahrtsmarken in Schloss Bellevue, den Briefmarkenbörsen in München und Sindelfin-gen sowie der Präsenz auf der ConSozial war die Präsentation der aus aktuellem Anlass kurzfristig

ins Jahrespostwertzeichenprogramm aufgenom-menen Zuschlagsmarke „Hochwasserhilfe 2013“ ein Höhepunkt.

Parallel zu diesen öffentlichkeitswirksamen Aktionen ist die Abteilung Wohlfahrtsmarken in ständigem Gespräch mit den Partnern aus BMF, Post und Philatelie, um die Interessen der Verbände zu wahren, insbesondere z. B. bei an-stehenden Änderungen im Ausgabeprogramm oder bei der Festlegung der Zuschlagswerte im Rahmen von Portoerhöhungen. In Absprache mit der Deutschen Post konnten den Verbänden günstigere Vertriebsbedingungen angeboten werden. Die mit diesem Service einhergehenden zusätzlichen Aufgaben zu bewältigen, war eine der Herausforderungen des Jahres 2013 und wird uns auch zukünftig noch beschäftigen.

Weitere Informationen unter [www.wohlfahrtsmarken.de](http://www.wohlfahrtsmarken.de)





## ESF-Regiestelle

### Neue Wege in der Personalentwicklung

Die bei der BAGFW eingerichtete ESF-Regiestelle koordiniert im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege die Umsetzung des ESF-Programms „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels ist es Ziel des Programms, die Personalgewinnung und -bindung in der gemeinnützigen Sozialwirtschaft zu fördern.

131 modellhafte Projekte von Verbänden, Trägern, Einrichtungen und Diensten konnten im Rahmen des Partnerschaftsprogramms seit 2009 auf den Weg gebracht werden. Insgesamt 60 Millionen Euro aus Bundesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) stehen

für die Erprobung von Konzepten und Instrumenten bis 2014 zur Verfügung.

Im Jahr 2013 konzentrierten sich die Aktivitäten der ESF-Regiestelle insbesondere auf das Projektmonitoring und die Förderung des Ergebnistransfers. So fanden neben zahlreichen Projektbesuchen Workshops zu Programmquerschnittsthemen sowie eine bundesweite Fachtagung mit dem Titel „Personalbindung in der Sozialwirtschaft“ statt. Im Rahmen der Publikationsreihe „Personalentwicklung in der Sozialwirtschaft“ wurden sechs zentrale Themen des Programms aufbereitet.



Nähere Informationen zum Programm „rückenwind“ und zur Arbeit der ESF-Regiestelle finden Sie unter [www.bagfw-esf.de](http://www.bagfw-esf.de).



Seit 1976 verleihen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege den Deutschen Sozialpreis. Der Medienpreis zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland ist mit 15.000 € dotiert und wird in drei Sparten vergeben. In einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurden mehr als 450 hochwertige Arbeiten von einer unabhängigen Fachjury bewertet. Ziel des Medienpreises war und ist die Förderung eines kritischen und sozial-engagierten Journalismus.

### Herausragende soziale Berichterstattung: Preisträgerinnen unterstützen die Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege will Medien in ihrer Verantwortung stärken, sozialen Themen Raum zu geben und somit eine notwendige Debatte über das gesellschaftliche Miteinander und unseren Sozialstaat zu befördern. „Der Deutsche Sozialpreis hat eine lange Tradition und Profil. Er steht für den Anspruch, Beiträge zu prämiieren, die soziale Fragen in den Blick nehmen und uns authentische Einblicke in Lebenszusammenhänge vermitteln.“, betonte BAGFW- Präsident **Wolfgang Stadler**.



Ausgezeichnet wurden journalistische Arbeiten, die durch Themenauswahl, Recherche und besondere Qualität überzeugten:



Im Beisein zahlreicher geladener Gäste aus Politik, Medien und Verbänden, zeichnete **Wolfgang Stadler, Präsident der BAGFW**, in der Akademie der Künste vier Journalisten für ihre herausragenden Arbeiten mit dem Deutschen Sozialpreis 2013 aus. **Brigitte Fehrle**, Chefredakteurin der Berliner Zeitung hielt ein Grußwort, moderiert wurde die Preisübergabe von **Jörg Thadeusz (RBB)**.

Sparte Print: **Michaela Kölbl**, „Auf der Suche nach Heimat“, Waiblinger Kreiszeitung, Siebenteilige Artikelserie über das Schicksal von Flüchtlingen in der Region Schorndorf.

Sparte Hörfunk: **Marie von Kuck**, „Der Mut der Mücke. Lebensstrategien Alleinerziehender“, Deutschlandfunk, Portrait über Leben und Alltag von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern.

Sparte Fernsehen: **Pia-Luisa Lenz und Christian von Brockhausen**, „Hudekamp – Ein Heimatfilm“, NDR Fernsehen, Milieustudie über die Bewohner eines Hochhaus-Blocks im sozialen Brennpunkt.

Mehr dazu unter [www.deutscher-sozialpreis.de](http://www.deutscher-sozialpreis.de)



Da der Jahresabschluss 2013 noch nicht abschließend beraten wurde, erfolgt an dieser Stelle die Darstellung des Zahlenwerks 2012.

## Finanzen 2012

Mit der detaillierten Kontrolle der finanziellen Seite der Arbeit der Geschäftsstelle hat der Vorstand die Finanzkommission beauftragt. Die Geschäftsstelle berichtet gegenüber der Finanzkommission regelmäßig über die Einhaltung des Budgets des laufenden Jahres, den Jahresabschluss des Vorjahres und die finanziellen Planungen für das Folgejahr sowie weitere finanzrelevante Themen.

Die BAGFW gliedert ihr Rechenwerk in die Bereiche Geschäftsstelle Berlin zusammen mit dem EU-Büro und die Abteilung Wohlfahrtsmarken, die im folgenden Abschnitt separat dargestellt werden.

### Geschäftsstelle Berlin und EU-Büro Brüssel

Um die Arbeit der Geschäftsstelle zu ermöglichen, sind im Jahr 2012 in den folgenden Bereichen Aufwendungen entstanden:

#### Aufwendungen

1. Personalaufwand der Geschäftsstelle in Berlin und des EU-Büros in Brüssel	1.070.000 €
2. Aufwand für Sachkosten der Geschäftsstelle und Aufwendungen zur Durchführung von Projekten	816.000 €
3. Sonstige Aufwendungen	28.000 €
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>1.914.000 €</b>

Die Geschäftsstelle in Berlin und das EU-Büro in Brüssel finanzierten sich 2012 im Wesentlichen durch 4 Ertragsquellen:

#### Erträge

1. Mitgliedsbeiträge der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	774.000 €
2. Zuschüsse und Zuwendungen zu laufenden Aufwendungen (Lotterie „GlücksSpirale“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Verein zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege e.V. u.a.)	891.000 €
3. Erträge aus Finanzanlagen, Zinsen und ähnliche Erträge	132.000 €
4. Sonstige Erträge	127.000 €
<b>Summe der Erträge</b>	<b>1.924.000 €</b>

Die Geschäftsstelle schloss das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von 10.000 EUR. Der Überschuss wurde in die Rücklagen eingestellt.

Die erste Wohlfahrtsmarken-Serie erschien 1949 unter dem Titel „Helfer der Menschheit“, die erste Weihnachtmarken-Serie wurde 1969 herausgegeben. Bisher konnten über vier Milliarden Wohlfahrts- und Weihnachtmarken mit einem rechnerischen Zuschlagswert von mehr als 600 Millionen Euro abgenommen werden.

Der Zuschlagserlös kommt der sozialen Arbeit der Verbände zugute. Der Erlös, den Haupt- und Ehrenamtliche der Dienststellen und Einrichtungen der Verbände erzielen, wird zur Finanzierung sozialer Maßnahmen vor Ort eingesetzt. Es werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände aktiv sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesund-

heits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke.

Traditionell ist der amtierende Bundespräsident Schirmherr des Sozialwerkes. Alljährlich werden ihm die Erstdrucke der Marken durch den Bundesfinanzminister, im Beisein des BAGFW-Präsidenten, überreicht.

## Abteilung Wohlfahrtsmarken

Im Jahr 2012 sind folgende Aufwendungen in der Wohlfahrtsmarkenabteilung entstanden:

### Aufwendungen

1. Personalaufwand	115.000 €
2. Materialaufwand	13.255.000 €
3. Zuweisungen an Verbände aus Zuschlagserlösen	1.823.000 €
4. Sonstige Sachaufwendungen	287.000 €
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>15.480.000 €</b>

Bei dem Materialaufwand handelt es sich vor allem um den Wareneinkauf der Wohlfahrtsmarken. Die sonstigen Sachaufwendungen beinhalten unter anderem die Aufwendungen für Maßnahmen zur gemeinsamen Bewerbung der Wohlfahrtsmarken in der Öffentlichkeit durch die Spitzenverbände.

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung in Köln finanzierte sich in 2012 wie folgt

### Erträge

1. Verkauf von Wohlfahrtsmarken / Sonderprodukten	13.272.000 €
2. Sonstige Erträge (u.a. Zuschlagserlöse aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG)	2.212.000 €
<b>Summe der Erträge</b>	<b>15.484.000 €</b>

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem Überschuss von 4 TEUR ab. Der Überschuss wurde in die Rücklage eingestellt und dient der zukünftigen Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsmarkenabteilung.

## Weiterleitung von Mitteln zur Durchführung sozialer Projekte

Aus den Zuschlagserlösen aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG wurden 2012 von der Geschäftsstelle 1.823 TEUR an die angeschlossenen Spitzenverbände weitergeleitet.

In ihrer Funktion als Destinatär der Lotterie „GlücksSpirale“ verteilte die BAGFW im Jahr 2013 an ihre Mitgliedsverbände Mittel aus der GlücksSpirale 2010 in Höhe von 18.873 EUR. Die Mittel wurden unverzüglich weitergeleitet und für die Realisierung von sozialen Projekten im gesamten Bundesgebiet eingesetzt. Beispiele geförderter Projekte finden sich auf [www.bagfw.de | gluecksspirale](http://www.bagfw.de | gluecksspirale).

Die BAGFW weist im Rahmen eines Gesamtverwendungsnachweises gegenüber den Lotteriegenehmigungsbehörden der Länder die satzungsgemäße Verwendung der Zweckerträge der GlücksSpirale nach.

Der Verein Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. ist mit Bescheid für 2011 des Finanzamtes Berlin Körperschaften I vom 18.02.2013 als gemeinnützig anerkannt.

Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht und der Anhang 2012 wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft TREUGENO GmbH, Kassel, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

---

## Anschriften



**Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.**  
Blücherstraße 62/63  
10961 Berlin  
Telefon: 030 / 263 09 – 0  
Fax: 030 / 263 09 – 32599  
E-Mail: [info@awo.org](mailto:info@awo.org)  
[www.awo.org](http://www.awo.org)



**Der Paritätische Gesamtverband e. V.**  
Oranienburger Straße 13–14  
10178 Berlin  
Telefon: 030 / 246 36 – 0  
Fax: 030 / 246 36 – 110  
E-Mail: [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)  
[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)



**Deutscher Caritasverband e. V.**  
Karlstraße 40  
79104 Freiburg im Breisgau  
Telefon: 0761 / 200 – 0  
Fax: 0761 / 200 – 572  
E-Mail: [info@caritas.de](mailto:info@caritas.de)  
  
Berliner Büro:  
Reinhardtstraße 13  
10117 Berlin  
Telefon: 030 / 284 44 – 76  
Fax: 030 / 284 44 – 788  
E-Mail: [pressestelle@caritas.de](mailto:pressestelle@caritas.de)  
[www.caritas.de](http://www.caritas.de)



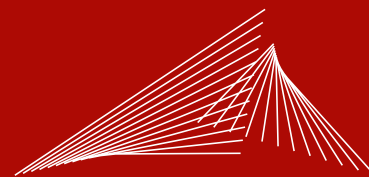
**Deutsches Rotes Kreuz e. V.**  
Carstennstraße 58  
12205 Berlin  
Telefon: 030 / 854 04 – 0  
Fax: 030 / 854 04 – 450  
E-Mail: [drk@drk.de](mailto:drk@drk.de)  
[www.drk.de](http://www.drk.de)



**Diakonie Deutschland  
Evangelischer Bundesverband**  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin  
Telefon: 030 / 652 11 – 0  
Fax: 030 / 652 11 – 3333  
E-Mail: [pressestelle@diakonie.de](mailto:pressestelle@diakonie.de)  
[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)



**Zentralwohlfahrtsstelle der Juden  
in Deutschland e. V.**  
Hebelstraße 6  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 / 944 371 – 0  
Fax: 069 / 494 81 – 7  
E-Mail: [zentrale@zwst.org](mailto:zentrale@zwst.org)  
[www.zwst.org](http://www.zwst.org)



9. KONGRESS  
DER SOZIALWIRTSCHAFT

Seien Sie 2015 dabei!

# TRADITION UND INNOVATION

## Strategien für die Zukunft der Sozialwirtschaft

DER KONGRESS:  
Das Forum für Entscheider/  
Entscheiderinnen in der  
Sozialwirtschaft

DER TERMIN:  
16./ 17. April 2015  
Hotel MARITIM Magdeburg

INFOS UNTER:  
[www.sozkon.de](http://www.sozkon.de)

SAVE  
THE  
DATE

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien  
Wohlfahrtspflege

**Bundesarbeitsgemeinschaft der  
Freien Wohlfahrtspflege e. V.**

Oranienburger Straße 13–14  
10178 Berlin

Telefon: 030 / 240 89 -0

Fax: 030 / 240 89 -134

E-Mail: [info@bag-wohlfahrt.de](mailto:info@bag-wohlfahrt.de)

[www.bagfw.de](http://www.bagfw.de)

### Impressum

August 2014

Herausgeberin:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

V.i.S.d.P.: Dr. Gerhard Timm

Konzeption:

Bettina Neuhaus, BAGFW

Gestaltung:

Rosendahl Berlin – Agentur für Markendesign

Bilder BAGFW:

Holger Groß, Bettina Neuhaus

Druck:

Königsdruck





[www.bagfw.de](http://www.bagfw.de)  
[www.bagfw-qualitaet.de](http://www.bagfw-qualitaet.de)  
[www.bagfw-esf.de](http://www.bagfw-esf.de)

